



Großes Migrationspaket beschlossen

Die Einigung auf das Migrationspaket mit seinen acht einzelnen Gesetzen sei ein langer Prozess gewesen, der nicht immer einfach verlaufen sei, betonte Ralph Brinkhaus, Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion. Zahlreiche Nachschärfungen im Laufe der parlamentarischen Beratungen, die die Unionsfraktion der SPD abgerungen hat, waren nötig, um das Paket nun zu verabschieden. Die Einigung war trotz der personalpolitischen Turbulenzen in der SPD am Montag zustandekommen. Dies zeigt laut Ralph Brinkhaus, dass die Koalition normal weiterarbeitet.

Die Rechtspflicht, Deutschland zu verlassen, wird von einer hohen Zahl vollziehbar Ausreisepflichtiger nicht befolgt. Wesentlicher Teil der Migrationspolitik ist aber die Rückkehr derer, die unter keinem rechtlichen Gesichtspunkt ein Bleiberecht in Deutschland haben. Das Ausweisungsrecht wird deswegen so überarbeitet, dass Personen, die wegen Sozialleistungsbetrugs oder Verstößen gegen das Betäubungsmittelgesetz zu einer Freiheits- oder Jugendstrafe von mindestens einem Jahr rechtskräftig verurteilt wurden, leichter ausgewiesen werden können. Auch der besondere Ausweisungsschutz wird überarbeitet und zielgenauer für die jeweilige zu schützende Personengruppe gefasst. Fehlanreize zum rechtswidrigen Verbleib im Bundesgebiet trotz vollziehbarer Ausreisepflicht werden beseitigt. Vollziehbar ausreisepflichtigen Ausländern wird die Duldung mit dem Zusatz „Duldung für Personen mit ungeklärter Identität“ erteilt, wenn die Abschiebung aus von ihnen selbst zu vertretenden Gründen nicht vollzogen werden kann, weil sie das Abschiebungshindernis durch eigene Täuschung über ihre Identität oder Staatsangehörigkeit selbst herbeiführen oder sie zumutbare Handlungen zur Erfüllung ihrer Passbeschaffungspflicht nicht vornehmen.

Die Zukunft des Wirtschaftsstandortes Deutschland hängt allerdings in entscheidendem Maße davon ab, wie gut es gelingt, die Fachkräftebasis der Unternehmen und Betriebe zu sichern und zu erweitern. Unternehmen haben bereits heute Schwierigkeiten, für bestimmte Qualifikationen, Regionen und Branchen qualifizierte Fachkräfte zu finden. Die Zahl der offenen Stellen ist aktuell auf rund 1,2 Millionen angestiegen.

Hermann Gröhe, stellvertretender Fraktionsvorsitzender, bezeichnete den Fachkräftemangel als Wachstumsbremse für Deutschland.

Deswegen soll es zukünftig eine gezielte und gesteuerte Steigerung der Zuwanderung von qualifizierten Fachkräften geben. Das Fachkräfteeinwanderungsgesetz schafft innerhalb des bestehenden migrationspolitischen Ordnungsrahmens die Voraussetzungen dafür, dass diejenigen Fachkräfte, die die deutsche Wirtschaft benötigt, nach Deutschland kommen können. Es wird klar und transparent geregelt, wer zu Arbeits- und zu Ausbildungszwecken kommen darf und wer nicht. Dafür werden die Vorschriften des dritten und vierten Abschnitts des Aufenthaltsgesetzes (AufenthG) gänzlich neu strukturiert und umfassend neu gefasst. Zudem wird die Beschäftigungsverordnung (BeschV) entsprechend angepasst. Wenn ein Arbeitsvertrag und eine anerkannte Qualifikation vorliegen, können Fachkräfte in allen Berufen, zu denen sie ihre Qualifikation befähigt, arbeiten. Die Beschränkung auf die Engpassbetrachtung entfällt.

Auf die Vorrangprüfung wird bei Fachkräften im Grundsatz verzichtet; verbunden wird dies jedoch mit der Möglichkeit, auf Veränderungen des Arbeitsmarktes unkompliziert reagieren und die Vorrangprüfung kurzfristig wieder einführen zu können.

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freundinnen und Freunde,



die zurückliegende Europawahl, die Wahl in Bremen und die zehn Kommunalwahlen haben in den letzten Tagen das politische Deutschland

aufgewühlt. Die SPD hat dabei ihre Partei- und Fraktionsvorsitzende verloren. Die Union steht weiterhin für Verlässlichkeit und Handlungsfähigkeit und ist bereit, den Koalitionsvertrag voll zu erfüllen. Aber auch wir müssen aus diesem schlechten Wahlergebnis Konsequenzen ziehen.

Bei der Klausurtagung des Bundesvorstandes haben wir selbstkritisch und mit großem Ernst die Wahlausgänge diskutiert. Wir wollen im Ergebnis zukünftig stärker die Digitalisierung vorantreiben und bis zum Bundesparteitag im November eine „Digitalcharta Deutschland“ vorlegen, in der wir unsere Leitprinzipien und unsere Vorschläge für zum Beispiel öffentliche Dienstleistungen, Wirtschaft, Verkehr, Arbeitswelt und Bildung definieren.

Wir stehen zu den in Paris vereinbarten Klimaschutzzielen. Dazu wollen wir eine nachhaltige Soziale Marktwirtschaft, das heißt wir werden den Klimaschutz innerhalb unserer Wirtschafts- und Sozialpolitik besser verankern und dies mit technologischen Lösungen und Innovationen erreichen. Damit die CO₂-Emissionen weiter sinken, bekennen wir uns zum Ausstieg aus der Kohleverstromung. Das ist ein großer Beitrag zum Klimaschutz, den gerade auch NRW leistet, den wir in der Klimaschutzdebatte aber auch viel offensiver vertreten müssen.

Klar ist für mich aber, dass das jetzige System aus Energiesteuern, Energieabgaben und Umlagen auf den Prüfstand gehört, um unsere Klimaschutzziele zu erreichen. Die bisherigen Maßnahmen haben ein sehr unterschiedliches und nicht immer zufriedenstellendes Kosten/Nutzenverhältnis.

Es grüßt Sie

Dr. Günter Krings, MdB
Vorsitzender der CDU-Landesgruppe NRW

Foto: Laurence Chaperon



Der Bewahrung der Schöpfung verpflichtet

Umweltschutz ist eine globale Aufgabe – Weltumweltag mahnt zu stetigen Anstrengungen
Am 5. Juni ist Weltumweltag. Dazu erklärt die umweltpolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Marie-Luise Dött:

„Umweltschutz ist eine globale Aufgabe. Egal, ob es um Klimawandel, Artenschwund oder Meeresvermüllung geht, lösen werden wir diese Herausforderungen nur gemeinsam in einer internationalen Handlungsgemeinschaft - solidarisch und in fairer Lasten- und Arbeitsteilung. Deutschland wird hierbei auch künftig eine Führungsrolle einnehmen.

Globale Verantwortung übernehmen bedeutet aber vor allem, national und europäisch handeln. Wir haben in Deutschland im Umweltschutz viel erreicht - beim Gewässerschutz, bei der Luftreinhaltung, beim Naturschutz und auch beim Klimaschutz. Darauf können wir am Weltumweltag auch einmal stolz sein.

Einen Grund nachzulassen, gibt es allerdings nicht. Die Aufgaben, vor denen wir aktuell stehen, sind sehr konkret und müssen zügig abgearbeitet werden. Wir müssen beim Klimaschutz zusätzliche Maßnahmen vorlegen und vor allem die Diskussion um die CO2-Bepreisung beschleunigen. Wir müssen den Müll, gerade auch den Verpackungsmüll, weiter reduzieren und die Recyclate besser nutzen. Und wir müssen dringend das Insektenschutzprogramm auf den Weg bringen.

Wir sind der Bewahrung der Schöpfung verpflichtet - am Weltumweltag und an allen anderen Tagen.“

Foto: Laurence Chaoeron

Koalitionsantrag "30 Jahre Friedliche Revolution"



Vor 30 Jahren haben die Bürger in der DDR die Mauer zum Einsturz gebracht. Mit dem Mut der Verzweifelten haben sie für Freiheit und Demokratie gekämpft. Ein Antrag der CDU/CSU-Bundestagsfraktion soll diesen Mut würdigen.

Denn viele bezahlten dafür einen hohen persönlichen Preis. Eltern, die der SED ein Dorn im Auge waren, wurden ihre Kinder entrissen, in Heime gesteckt oder zwangsadoptiert. Menschen wurden bespitzelt und inhaftiert. Biographien wurden gebrochen. Die Schicksale wirken bis heute nach.

Das SED-Unrecht kann nicht ungeschehen gemacht werden, doch wir wollen auch nach 30 Jahren Anerkennung und Gerechtigkeit für die Opfer. Viele Entscheidungen sind hierzu in den letzten Jahrzehnten bereits getroffen worden - eine Gemeinschaftsleistung der Menschen in Ost und West.

Um auch in Zukunft für die Opfer der DDR-Diktatur Gerechtigkeit walten zu lassen, machen wir uns für die Entfristung der Rehabilitierungsgesetze stark. Mit einem Härtefallfonds wollen wir für Gerechtigkeit im Einzelfall sorgen. Wir wollen Kindern politisch verfolgter Eltern die Rehabilitierung ermöglichen. Zwangsadoptionen müssen soweit wie möglich aufgeklärt werden. Der Bundesbeauftragte für die Stasiunterlagen soll zu einem unabhängigen Ansprechpartner für die Opfer weiterentwickelt werden.

Der gefährliche Einsatz der Opposition in der DDR und ihre Rolle im Herbst 1989 sollen auch in Zukunft als mahnende Erinnerung bestehen bleiben.

Deswegen fordern die Koalitionsfraktionen in dem Antrag die Bundesregierung außerdem auf, bis Ende 2019 dem Bundestag ein Konzept für ein Denkmal zur Erinnerung und Mahnung an die Opfer der kommunistischen Gewaltherrschaft in Deutschland vorzulegen.

Für die CDU/CSU-Bundestagsfraktion war und ist die Mahnung an das DDR-Unrecht zentral. Unrecht hat kein Verfallsdatum.

Foto: Pixabay

Impressum:

Ausgabe Nr. 11/2019,
06. Juni 2019

Landesgruppe NRW der
CDU/CSU-Fraktion im
Deutschen Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030/ 227-58956
Fax: 030/ 227-76421

Email:

fabian.bleck@cducsu.de

Redaktion/ V.i.S.d.P.:
Karl-Heinz Aufmuth,
Fabian Bleck